

Terrorismusbekämpfung wohin?

Herausforderungen der gegenwärtigen Politik
angesichts des modernen Terrorismus

Dr. Peter Gauweiler, MdB
Staatsminister a.D.

Vortrag im Historischen Seminar der
Ludwig-Maximilians-Universität München
20. Mai 2009

Alter und neuer Terrorismus - Herausforderungen der gegenwärtigen Politik angesichts des modernen Terrorismus soll ich besprechen.

Terrorismusbekämpfung wohin?

Von dem früheren Präsidenten des Bundeskriminalamtes Horst Herold, den ich sehr geschätzt habe, den einige von Ihnen in dem Film über die Rote Armee Fraktion von Stefan Aust vielleicht nochmals kennengelernt haben, kenne ich den Satz: *„Wir müssen in ihren Kopf hineinschauen, als säßen wir selber drin.“* Es gelingt nicht immer.

„Ich begreife nicht, warum immer auf mich geschossen wird“, sollen die ersten Worte des schwer verletzten deutschen Kaisers Wilhelm I. gewesen sein, nach dem dritten Attentat auf ihn im Jahre 1878, das er, wie auch ein viertes, überlebt hat.

Der Attentäter war ein junger promovierter Landwirt, der sich gleich danach umgebracht hat. Die Polizeigeschichtler wissen, dass das Attentat von einem Nachahmungstäter durchgeführt wurde, der sich der russischen Anarchistengruppe „Narodnaja Wolja“ – „Wille des Volkes“ – verbunden fühlte, die zu dieser Zeit vier Attentate auf den russischen Monarchen, Zaren Alexander II., durchführte. Im Gegensatz zu Wilhelm war das letzte Attentat auf diesen, 1882 in St. Petersburg, ein Erfolg. Die Kutsche Alexanders wurde in die Luft gesprengt, der Zar und viele Anwesende wurden getötet. Aber die erwartete Revolution – der Aufstand des Volkes, in dessen Willen man zu handeln beanspruchte – fand nicht statt.

Im Terrorismus-Museum unserer Welt ist das wohl berühmteste Stück der von verkrustetem Blut durchtränkte blaue Waffenrock des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, der mit seiner Gemahlin, Sophie Herzogin von Hohenberg, am 28. Juni 1914 in Sarajewo ermordet wurde.

Dieses Attentat am St.-Veits-Tag, am Gedenktag der serbischen Niederlage gegen die Osmanen auf dem Amselfeld von 1389, dem historischen Trauma der Serben, hat die Welt verändert. Die beiden tödlichen Pistolenschüsse des jungen bosnischen Serben

Gavrilo Princip lösten den 1. Weltkrieg aus. Sie töteten 20 Millionen Menschen. Sie beschworen mittelbar das Ende Alt-Europas herauf, den Zerfall der Donau-Doppelmonarchie, in Deutschland die Weimarer Zeit und deren schreckliches Ende, schließlich den 2. Weltkrieg.

In der Geschichte des Terrorismus ist auch das traurige Ereignis vermerkt, das Urgrund der Karl Graf Spreti Stiftung ist. 56 Jahre nach Sarajevo wurde der deutsche Botschafter in Guatemala, Karl Graf von Spreti, von linksextremen Guerillas entführt und wenige Tage später ermordet:

- Ein Mann, dessen wir uns – auch jenseits unseres Themas – heute mit Sympathie und Dankbarkeit und, im Angesicht seiner Familie und seiner Söhne, mit Bewunderung erinnern;
- ein Mann aus einem altadligen Patriziergeschlecht von Ravenna, das am Beginn des 18. Jahrhunderts auch nach Bayern kam und hier blieb, übrigens auch ein Urenkel von Leo von Klenze;
- ein Mann, der mit höchst bayerischem und höchst europäischem Zuschnitt sein politisches Leben gelebt hat;
- ein Mann, der Architektur an der Münchener Technischen Universität studiert hatte und der nach dem großen Krieg, den er als Soldat und Angehöriger der Wehrmacht durchgestanden hatte, am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beteiligt war;
- und ein Mann, der für meine Partei, die CSU, von der ersten Wahl 1949 an in den Deutschen Bundestag eingezogen ist, dort dem Auswärtigen Ausschuss angehörte und mir deswegen doppelt vertraut ist.

Die Kette seiner Auslandstätigkeiten wurde schon erwähnt, und auch das Land, das ihm zum Schicksal wurde: Guatemala – dieses Land, in dem auf rund 108.000 km² etwa zwölf Millionen Menschen leben, die neben Spanisch zwei Dutzend unterschiedliche Maya-Sprachen sprechen, und das über drei Jahrzehnte von einem blutigen Bürgerkrieg geschüttelt wurde.

Von Franz Josef Strauß wissen wir, dass zu dieser Zeit um 1970 Henry Kissinger überaus pessimistisch davon ausging, dass in zehn Jahren ganz Europa kommunistisch sein und die sowjetisch finanzierte Guerilla in der Dritten Welt eindrucksvolle Siege errungen haben würde.

Die Guerillas in Guatemala hatten 1968 unmittelbar nach ihrer militärischen Niederlage die terroristischen Anschläge verstärkt. Sie entführte und ermordete 1968 den US-amerikanischen Botschafter Mein und etwas mehr als ein Jahr später auch Botschafter Spreti.

Die rigide Politik der guatemaltekischen Regierung in den 1950er und 1960er Jahren und eine Verschärfung fürchterlicher sozialer Spannungen stärkte die Position der Guerilla, ihren Rückhalt in der Bevölkerung und ihre militärische Kampfkraft. Es begann ein fast 30jähriger Krieg, der erst 1996 – also in einer uns relativ nahen Zeit – sein Ende fand und mehr als 200.000 Menschen das Leben gekostet hat, unter ihnen auch Botschafter Graf Spreti – für uns eigentlich der Erste, der in diesem Kampf von Terror und Guerilla als Vertreter des wieder auferstandenen Deutschlands gefallen war.

Wir müssen in die Köpfe hinein, um zu sehen, wie sie denken. 2008 lief der Film Steven Soderberghs in den Kinos: „Che“, gewidmet Che Guevara, dessen berühmtes Portrait damals in keiner Wohngemeinschaft und bei keiner Demonstration, die etwas auf sich hielt, fehlen durfte, die Ikone der Guerilla schlechthin – „Hasta la victoria siempre.“

Wenn ich die Schellingstraße entlangfahre, erinnere ich mich an meine eigene Studenzeit, als er als das Idol einer neuen Welt von der akademischen Jugend in großen Bildern vor sich hergetragen wurde. In unserer heutigen Welt des Terrors – es geht hier ja über den modernen Terrorismus – sind solche Veranstaltungen längst aus der revolutionären Mode. Denn die Vertreter der Revolution oder des Terrorismus von damals haben sich sozialisiert, sind Präsidenten geworden, oder in Deutschland Ministerialräte. Aber gleichwohl leben wir heute wieder mitten im Terror und rätseln erneut: Terrorismusbekämpfung wohin?

Der Anschlag vom 11. September, dessen Bilder sich in die Köpfe von Millionen von Menschen gebrannt haben, hat dem Terrorismus eine ganz neue Dimension gegeben, die mit dem alten klassischen Terrorismus wenig gemein hat – außer, dass es immer Menschen trifft, die bluten und sterben. Hatte sich jener auf einzelne, ausgewählte Personen und Projekte gerichtet, wurde hier bewusst der Tod von tausenden unschuldiger, ziviler Opfern in Kauf genommen, ebenso wie 2004 bzw. 1005 in Madrid oder London. Und die Urheber waren nicht nationale Terrorgruppen, sondern weltweit vernetzte Terrorzellen.

War es ein Akt echter oder nur vorgetäuschter Stärke, um die eigene Hilflosigkeit zu verbergen, dass US-Präsident George Bush auf „9/11“ tags darauf mit einer formellen Kriegserklärung antwortete, von einem „*kriegerischen Akt*“ sprach und davon, dass man den „*Krieg des 21. Jahrhunderts*“ erlebt hätte? Der Fernsehsender CNN jedenfalls stellte seine Berichterstattung unter den Titel „*Amerikas neuer Krieg*“.

Ist dem wirklich so? Es hat doch schon früher, auch bei uns, selbst in den 1960er Jahren, großartige Seminare gegeben über Terrorismus und die neue Form des Kriegs. Und ich habe für die heutige Veranstaltung aus meinem eigenen Revolutionsmuseum irgendwo im Bücherschrank die alten rororo-Hefte wieder hervorgekramt.

Das alles wird wieder hoch aktuell. Aber den Weg, wie diese Erscheinung bekämpft werden kann, weisen sie nicht. Doch sie zeigen uns, dass der Krieg im 21. Jahrhundert nicht mehr der Krieg unter Staaten ist. Auch wenn wir so tun. Ich erinnere mich an die langen Gesichter von einigen Generälen der Bundeswehr, als Strauß auf einem großen Empfang, den sie zu seinem 70. Geburtstag gegeben hatten, sagte: „*Moderne Armeen, moderne nationale Armeen sind heute nur noch als Kriegsverhinderungsschulen von Interesse. Alles, was wir gelernt haben an Zivilschutz, Bomber über dem Kanal, Sirenen, Schutzmaßnahmen in zwei Stunden, können Sie vergessen, auch wenn es in Ihrem Programmen ganz weit oben steht. Ihre Wissenschaft vom Krieg ist unmodern.*“

Vielleicht ist es so, dass unsere Vorstellung von Krieg unmodern geworden ist. Das Hauptwerk des großen preußischen Generals, Heeresreformers und Militär-Theoretikers

Carl von Clausewitz (*1. 7.1780, † 16.11.1831) „*Vom Kriege*“ hat Strategie, Taktik und Philosophie des Kriegswesens über 200 Jahre bestimmt. Am bekanntesten ist sein Zitat „*Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik unter Einbeziehung anderer Mittel*“ (Vom Kriege 1, 1, 24). Präsident Bush hat mit seinem Angriff auf den Irak es vielleicht umzusetzen gemeint, aber sein Krieg hat Politik nicht fortgesetzt, sondern unmöglich gemacht.

Aus dem Revolutionsmuseum kennen Sie das Werk zum Guerilla-Krieg von Mao Zedong, der die asymmetrische Kriegsführung zwischen „nicht-staatlichen“ Volksarmeen und konventionellen staatlichen Streitkräften in den 1920er und 1930er Jahren systematisiert und idealisiert hat. Er war zu seiner Zeit hoch modern, auch wenn er sich an dem chinesischen Kriegsgelehrten Sun Tsu orientiert hat, der vor 2.500 Jahren, genauer 510 vor Christus, ein Buch über die 13 Prinzipien der Kriegsführung verfasst hat. Er schrieb, das Ziel müsse sein, mit unterlegenen Mitteln, auch mit primitiven und teilweise mit dem Feind abgenommenen Mitteln, einen überlegenen, hoch gerüsteten Gegner moralisch und physisch zu besiegen.

Dass derartige Methoden nicht nur im antiken China, sondern auch im alten Germanien recht erfolgreich waren, daran hat am 18. Mai 2009 die Titelseite der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erinnert. Sie berichtete davon, dass die Bundeskanzlerin in Ostwestfalen ein geschichtliches Ereignis gewürdigt hatte, dass sich vor zweitausend Jahren, im Jahre neun nach Christus, im Teutoburger Wald abgespielt hatte: Eine waffentechnisch und zahlenmäßig weit unterlegene Gruppe germanischer Terroristen, oder Guerilleros, oder Freiheitskämpfer, hatte einen militärisch hoch überlegenen Gegner, drei kampferprobte römische Legionen, aus undurchdringlichem Urwald heraus, hinterhältig wider allem Kriegsbrauch nicht auf ehrlichem Schlachtfeld, sondern im Engpass zwischen Hang und Moor, angegriffen und bis auf den letzten Mann abgeschlachtet – oder ihren grässlichen Göttern geopfert.

Aller solcher geschichtlicher Erfahrung, aller wissenschaftlichen Forschung zum Trotz: Die Entwicklung zur asymmetrischen Kriegsführung, zur Guerilla, zum Terror haben wir

bis heute politisch, kriegs- und völkerrechtlich, geschweige denn militärisch oder gar moralisch noch nicht bewältigt.

Wie untauglich unsere Mittel sind, können Sie mindestens jeden zweiten Abend bei einem Fernsehbericht aus Afghanistan oder dem Irak beobachten, wo die jungen Soldaten der ISAF in ihren schusssicheren Jacken, gepanzert – so Peter Scholl-Latour – wie Maikäfer daherkommen, während ihre Gegner wie in Schlafanzügen gewandet locker vorbeischreiten. Lakonisch dazu der Kommentar des Reporters: *„Das sieht nicht nur nicht gut aus, sondern kann auch nicht klappen, erst recht nicht psychologisch.“*

Seit Hugo Grotius, dem Historiker wohl bekannt als protestantischer Philosoph, Theologe und Rechtsgelehrter, Gründungsvater des Völkerrechts, an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert und seinem Hauptwerk „De jure belli ac pacis“ von 1625 hat man versucht, den inhumanen Krieg in ein zumindest rudimentäres Netz an Humanität und Recht einzufangen, die Gewalt durch Rechte und Verpflichtungen zumindest ein wenig zu bändigen.

Beim asymmetrischen Krieg, bei Guerilla und Terror ist dies längst noch nicht gelungen. Die Genfer Konvention und die Haager Landkriegsordnung erkennen die Guerillas – erst! – an, wenn sie den Schritt zur Befreiungsarmee getan haben und ihre Kämpfer Teil einer militärischen Befehlsstruktur sind. Dann werden sie als „Kombattanten“ der Haager Landkriegsordnung anerkannt (I. Genfer Zusatzprotokoll von 1977, Art. 44, Abs. 3). Terroristen hingegen geltend als „Nicht-Kombattanten“ und nach Genfer Recht deshalb als Kriegsverbrecher.

Wer nun Kombattant und wer Terrorist ist, aber entscheidet – zynisch gesprochen – zu meist der, der ihn fängt.

Wir wissen, dass bei der „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan die Weisung bestand, keine „herkömmlichen“ Kriegsgefangenen zu machen. In dieser Auseinandersetzung, die nun schon länger läuft als der zweite Weltkrieg und die von manchen als Terrorismusproduktionsmaschinerie bezeichnet wird, erhalten gefangen genommene Per-

sonen lediglich den Status von „unlawful combatants“ und werden ausdrücklich außerhalb der Richtlinien der Genfer Konvention behandelt. Damit dies nicht durch Vorgaben des Rechtsstaats beeinträchtigt und gestört wird, werden sie auch räumlich außerhalb von Rechtsstaaten verhört und eingesperrt: in Guantanamo Bay.

Die Verirrungen und moralischen Selbstbeschädigungen des Westens bei dieser Form des Kampfes gegen Terrorismus sind zu trauriger Berühmtheit gekommen. Die Zahl von 187 Fällen von Waterboarding – Wasser in die Nase pumpen und Ertrinken simulieren bei einer verhörten Person – ist undementiert geblieben. Die Photographien dieser Verhöre können nicht veröffentlicht werden, sagte Präsident Bush noch 2009, weil sie dem Terrorismus Auftrieb gäben. Terrorismusbekämpfung wohin?

Peter Ustinov hat den Unterschied zwischen erlaubtem Krieg und Terrorismus so bezeichnet: *„Krieg, erlaubter Krieg ist der Terrorismus der Staaten.“* Präsident Bush hat, um uns die Sache einfacher zu machen, den Kampf gegen den Terror übersetzt als den Krieg gegen das Böse. Und damit auch suggeriert, dass im Krieg gegen das Böse eigentlich alles erlaubt und der Zweck heilig sei.

Wer deutsch geboren ist, Eltern und Großeltern aus Deutschland hat, kann dem nicht folgen. Es ist Verdienst des Historikers und Verfassers des Buches „Der Brand“, Jörg Friedrich, dass er auf diese moralische Asymmetrie hingewiesen hat. Er hat die Meinung vertreten, dass die Bombenangriffe auf deutsche Städte spätestens seit dem Jahre 1944 ohne militärischen Sinn waren. Sie seien in erster Linie einer menschenverachtenden Militärdoktrin gefolgt. Auch in einem „Kampf gegen das Böse“ – das Nazi-Deutschland – sei die Bombardierung von 30 Millionen Zivilpersonen, Frauen, Kindern und Alten mit einer Million Tonnen Spreng- und Brandbomben und mit mehr als einer halben Million Todesopfern nicht erlaubt gewesen.

Friedrich hat in seinem jüngsten, lesenswerten, nicht so berühmten Buch, das ich Ihnen, wenn Sie über Terror und Terrorismus nachdenken, nur ans Herz legen kann, diese Fragen erneut aufgegriffen. Im Buch *„Yalu – an den Ufern des 3. Weltkriegs“* zeigt er

auf, dass beim Korea-Krieg (1950–1953) die Welt an der Schwelle des 3. Weltkriegs stand.

Die US-Führung war damals bereit, Ziele an den Küstenlinien des Reichs von Mao Zedong durch einen groß angelegten Kernwaffeneinsatz atomar zu vernichten, unter Inkaufnahme von 30 Millionen getöteten Chinesen. Es waren die Europäer, die diesen Einsatz durch eine massive diplomatische Intervention in den früheren 1950er Jahren verhinderten, in den Jahren, wo der junge Spreiti seine politische Laufbahn begann.

Wir wissen, dass die Bilanz des Koreakriegs Terror genug war. In einer in der Weltgeschichte nie wieder gesehenen Bombardierung Nordkoreas wurde in diesen drei Jahren jeder dritte Nordkoreaner getötet. Am Fluss Yalu, dem Grenzfluss zwischen der Volksrepublik China und Nordkorea entschied sich das Schicksal der globalen Zivilisation: Diese Demarkationslinie durften im Korea-Krieg die UN-Truppen in Richtung China nicht überschreiten – nicht Fiktion, sondern Realität von Krieg und Terror vor gut einem halben Jahrhundert.

Bei dem Begriff Terror haben sich unsere traditionellen, rechtlichen und moralischen Kriterien von Krieg und Terror in den vergangenen knapp hundert Jahren in einer Weise verschoben, die längst noch nicht ausreichend in einer Fortschreibung des internationalen Kriegsrechts bewältigt worden ist.

Zugegebenermaßen hinken Völker- und Kriegsrecht immer der Entwicklung nach. Aber hier tun sich mittlerweile Abgründe auf. Wer heute Terrorismus bekämpfen will, muss von kriegerischem staatlichem Einsatz Abstand nehmen. Das ist der falsche Weg, und das ist meine These.

Natürlich hat die Wissenschaft, so wie es sich für sie gehört, versucht, zwischen dem Krieg gegen Guerilla und gegen Terroristen zu differenzieren. Der Guerilla-Kampf ist in erster Linie eine klassische militärische Strategie, bei der es darum geht, Städte und Regionen einzunehmen, um letztlich die Regierungsmacht zu übernehmen.

Terroristen hingegen wollen sich nicht an die Stelle ihres Gegners setzen, sondern vor allem seine Handlungen und Strukturen beeinflussen. Gewalt wird in erster Linie angewendet, um eine psychologische Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Die Gewaltanwendung soll die Bevölkerung verunsichern und den Staat in seiner Machtlosigkeit entlarven. Deshalb werden gezielt Unbeteiligte zu Opfern gemacht. Je spektakulärer oder symbolträchtiger die Aktion, desto größer das Publikum und desto drastischer die provozierten Gegenmaßnahmen der Regierung.

Die bewusst angestrebte Überreaktion des Staates wiederum soll zur Erhebung der Bevölkerung gegen das bestehende Regime führen.

Wir haben noch die Zeiten der Roten Armee Fraktion im Ohr, eine in der Rückschau, trotz aller Dramatik und trotz aller Tragik der Opfer vergleichsweise harmlose „Schülermitverwaltung“ des Terrorismus. Sie wollte die „faschistoide Bundesrepublik“ zu Überreaktionen provozieren und ihr so die demokratische Maske vom Gesicht reißen. Das ist ihr nicht gelungen, denn die Demokratie war nicht Maske und Täuschung, sondern das wahre Antlitz und Wesen unseres Staates.

Im Gegensatz zum Terroristen wollen die Guerillas die eigene Bevölkerung nicht in Angst und Schrecken versetzen. Schon Che Guevara warnte vor der Strategie des Terrorismus, „*da sie den Kontakt mit den Massen erschwert und die Einigung für Aktionen unmöglich macht*“. Ohne die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten kann sich der Guerillero nicht, wie von Mao verlangt, „*wie ein Fisch im Wasser*“ bewegen. Die Gewalt der Guerilla richtet sich somit nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten. Denn die Guerillas suchen die Unterstützung der Bevölkerung. Deren Votum entscheidet über das Schicksal, über den Erfolg der Guerilla.

Wir wissen, dass in der Realität die Übergänge fließend sind. Die Guerilla eskaliert, wie der militärische staatliche Einsatz, zu einem terroristischen Blutbad. Und umgekehrt steigt mit dem Erfolg der mit Steckbrief gesuchte Terrorist zum gefeierten Friedenskämpfer und Nobelpreisträger auf. Wer von Ihnen hat nicht schon den Steckbrief des

großartigen Nelson Mandela gelesen? Wer von Ihnen weiß nicht um die Biographie des Friedensnobelpreisträgers Menachem Begin?

Diese Phänomene des Terrorismus sind schon lange Objekt der Forschung. Die Wissenschaft allerdings konzentriert sich überwiegend auf die Untersuchung der Binnenstruktur und das Wirken terroristischer Truppen.

Die Bekämpfung des Terrorismus, also die Rolle von Politik und Staat, die Auseinandersetzung des demokratischen Rechtsstaats mit der terroristischen Herausforderung, wird erst langsam wissenschaftlich durchdrungen. Der Karl Graf Spreiti Stiftung eröffnen sich, neben vielen anderen, hier weite Betätigungsfelder. Der Ansatz, den sich die Stiftung gestellt hat, ist die Aufklärung. Man braucht sich nur ihr Programm anzusehen, dann wird man daran erinnert, dass „Aufklärung“ von klar machen kommt.

Dabei geht es um die Frage, wie weit der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat in seiner legislativen, exekutiven und judikativen, inzwischen leider auch militärischen Antwort auf die terroristische Herausforderung gehen darf.

- Wie kann sich die liberale, rechtsstaatliche Demokratie innerhalb ihres verfassungsrechtlichen Rahmens wirksam gegen den Terrorismus wehren?
- Und wie ist zu verhindern, dass der Schutz von Staat, Verfassung und Recht nicht gerade das, was wir eigentlich schützen, was auch der arme George Bush schützen wollte, gefährdet?

Ich wurde zu diesem Beitrag eingeladen, weil die Stiftung um meine Stellung und Haltung innerhalb der Debatte zu Afghanistan wusste. Also nicht als früherer Umweltminister oder früherer Polizist, sondern weil ich diesem Einsatz nicht zugestimmt hatte. Deshalb erlaube ich mir auch hier die Frage nach der – man wagt es kaum zu sagen – „Nutzenrelation“ der Einsätze zu stellen.

Das amerikanische Zentrum für Strategische und Haushaltsschätzung (Center for Strategic and Budgetary Assessments – CSBA) hat die Kosten des Afghanistan-Krieges für die USA noch im Jahr 2002 auf eine Milliarde Dollar geschätzt – pro Monat.

In der Zwischenzeit sind es pro Monat vier Milliarden Dollar geworden: Im amerikanischen Haushalt für außenpolitische Kriegsführung des Jahres 2009 werden die Kosten mit 47 Milliarden Dollar angegeben. Die von der neuen amerikanischen Regierung beschlossene Erhöhung der Truppenzahl wird diese Kosten von vier Milliarden auf monatlich 5,5 Milliarden steigern – 65 Milliarden pro Jahr.

Die Bundeswehr hat der Einsatz in Afghanistan im Jahr keine vier Milliarden, sondern nur jährlich eine halbe Milliarde gekostet, jetzt neuerdings den Einsatz der Tornados inklusive.

Die Amerikaner beklagen in Afghanistan pro Jahr zwischen 100 (im Jahr 2007) und 150 Gefallenen (im Jahr 2008). Von den deutschen Bundeswehrsoldaten sind „nur“ – nur in Anführungszeichen – 32 Soldaten getötet worden oder „gefallen“, wie der [seinerzeitige] Bundesverteidigungsminister Jung inzwischen sagen darf.

Und all dies mit welchem Erfolg? In diesem Krieg bündelt sich die ganze Wirrsal unserer Begriffe völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Art, die strategischen Irrtümer, vor allem das ganze politische und humanitäre Desaster dieses „Kriegs gegen den Terror“.

Diese Wirrsal der Begriffe, Wertungen und Werte findet Gestalt in einer Person wie Gulbuddin Hekmatjar. Er ist älteren Semestern wie uns aus den 1980er Jahren noch in allerwärmster Erinnerung, als wir gemeinsam mit ihm gegen ein anderes Reich des Bösen kämpften, als John Rambo und die Mudschahedin noch Seite an Seite fochten, als Hekmatjar der Lieblingsislamist von Ronald Reagan, der Anführer des Feldzugs gegen die Sowjet-Präsenz im südlichen Hindukusch war.

Heute ist Gulbuddin Hekmatyar der wichtigste Gegner militärischer deutscher Präsenz, der, von Scholl-Latour vor nicht allzu langer Zeit interviewt, fordert: *„Die gegenwärtige deutsche Politik in Bezug auf Afghanistan nützt weder den Afghanen noch den Deutschen. Ziehen Sie Ihre Soldaten aus Afghanistan ab!“*

Es war folgerichtig, dass der Weltsicherheitsrat nach den Anschlägen auf das World Trade Center wegen der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit den Krieg der USA und ihrer Alliierten gegen die damalige Regierung von Afghanistan billigte, weil sie sich zu einem Flugzeugträger für Terroristen entwickelt hatte. Es war konsequent, dass die Nato den Bündnisfall feststellte. Aber diese Konsequenz war mit dem Sieg der sogenannten Nordallianz, spätestens mit dem Wahlergebnis beendet. Damit war das völkerrechtliche Mandat für etwas, was man eine Polizeiaktion der Weltgemeinschaft nennen konnte, abgeschlossen.

Alles, was seitdem geschieht, ist völkerrechtlich nur noch durch ein Mandat der afghanischen Regierung Karsai gerechtfertigt, sowohl die „Operation Enduring Freedom“ als auch die „International Security Assistance Force“. Wobei gilt: je falscher der Einsatz, umso hochtrabender sein Titel.

Diese Mandate stehen nur auf dem Papier, jedenfalls meines Erachtens. Sie können aber ganz beruhigt sein, ich bin hier in der absoluten Minderheit. Sie leisten sich den Luxus eines Minderheitenvortrags.

Warum sind diese Mandate nicht erfüllbar?

Zum Einen, weil sich der afghanische Staatsapparat partiell mit Drogenbanden und organisierten Verbrechern verbunden hat, deren Oberster der Bruder des Präsidenten ist, übrigens auch nach Feststellungen amerikanischer Sicherheitsbehörden. Und weil sich die Terroristen der Al Kaida längst nach Pakistan zurückgezogen haben, nach Pakistan, das mit Hilfe des Westens seit langem über die viel zitierte islamische Bombe verfügt. Um mit dem hochgeschätzten Elder Statesman Helmut Schmidt, der ein Bundesgenosse in meinem Minderheitenstatus ist, zu sprechen: „*Sollen wir demnächst nun auch in Pakistan einmarschieren?*“

Und zum Anderen sagt mittlerweile die Regierung Karsai selbst, die sich ja die Achtung des Volkes nicht ganz verscherzen will, dass Krieg in Afghanistan kein Mittel der Politik ist und dass die Clausewitz-Lösung sein Land endgültig in die Steinzeit bringen wird. Präsident Hamid Karsai hat sich ausdrücklich gegen die von der neuen amerikanischen

Regierung geplante Truppenverstärkung ausgesprochen. Ich zitiere ihn, nicht einen Polemiker der Links-Partei: *„Mehr Nato-Soldaten bedeuten mehr Krieg, mehr zivile Opfer, mehr Taliban.“* Und in seiner Glückwunschadresse an Barack Obama ins Weiße Haus schrieb er, ich zitiere wörtlich: *„Der Kampf gegen den Terrorismus kann nicht in Afghanistan ausgetragen werden.“*

Aber genau das geschieht nach den Worten des ja auch nicht bösen, sondern sozialdemokratisch harmlosen Fraktionsvorsitzenden Struck, der uns sagt, Deutschland würde in Afghanistan oder am Hindukusch verteidigt. Damit hätte er auch den Grafen Spreiti in seiner Jugend bei der Wehrmacht oder meinen Vater oder viele andere nur noch zum Kopfschütteln gebracht.

Im Effekt hat der Krieg gegen den Terrorismus einen doppelten Misserfolg gezeitigt. Er hat die Gruppierung der Terroristen, die ja aus den von uns ansonsten sehr unterstützten saudischen Großfamilien stammen, relativ schnell aus dem Land vertrieben.

Die sind weg, aber er hat das Leid der gequälten Zivilbevölkerung vertieft und den alten Abscheu, den alten Hass auf die seit Generationen eindringenden Fremden neu entfacht. *„Das Trauerspiel von Afghanistan“* dichtete Theodor Fontane vor rund 170 Jahren über die Schlacht am Khyberpass:

*„Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.“*

Jürgen Todenhöfer, der eigentlich uns früher als ein ganz ein Rechter bekannt und irgendwelcher linker pazifistischer Neigungen völlig unverdächtig war, und der darauf auch, wie auch ich, einen gewissen Wert gelegt hat, schrieb nach langen Reisen und Fußmärschen durch Afghanistan jüngst im Magazin der Süddeutschen Zeitung:

Erstens: *„der Westen hat sich aus der Rolle des Befreiers in die Rolle des Besatzer gebombt“*,

und zweitens: *„Afghanistan spielt im globalen antiwestlichen Terrorismus keine Rolle mehr“* – auch für unsere Landeskriminalämter, wie Herr Polizeipräsident Schreiber bestätigt.

Ja, macht nur einen Plan, möchte man mit einem berühmten Augsburger sagen. Wir erhöhen wieder die Stärke der Kampftruppen und irgendwann werden wir es schaffen, so stark zu sein wie die Rote Armee mit ihren 200.000 Mann. Und die haben es auch nicht gepackt. Und deren Kämpfer hatten einen anderen moralischen Violinschlüssel als die Truppen der ISAF.

Jetzt soll die zivile Komponente der Stabilisierungsbemühungen verstärkt werden. Nur: Wie soll das funktionieren, die Entwicklung einer stabilen Friedensökonomie und die Herausbildung einer leidlich korruptionsresistenten Elite? Ich gehöre zu der Minderheit der Bundestagsabgeordneten, die noch nie Kabul besucht haben, wo es fantastische Hotels geben soll und man auf keinen Luxus unserer wunderbaren westlichen Zivilisation verzichten muss. Die Straßen von Kabul zum Flughafen sind mit privaten Sicherheitsleuten umzingelt, von denen jeder 10.000 US-Dollar und mehr auf seiner monatlichen Lohnliste sehen kann und die aus so wunderbar rechtsstaatlichen und demokratischen Ländern wie Weißrussland und Serbien rekrutiert worden sind. Ein afghanischer Polizist verdient keine 200 Euro und steht neben ihnen Wache. Wir wissen nicht, was der Afghane vom Serben denkt – aber wir wissen es doch.

Dieser Krieg ist ein Kultur- und ein Bürgerkrieg geworden. Er ist kein Krieg gegen den Terror, er ist eine fast schon wieder lehrbuchartige Auseinandersetzung zwischen einer schwachen Zentralgewalt und einer ethnisch-religiös basierten Guerilla, und schon deswegen kann er nicht gewonnen werden.

Nicht dass Sie meinen, dass dieser Redner jede robuste Aktion zum Schutz unseres eigenen Landes für falsch halten würde. Nein. Aber wenn die Armeen Kriegsverhinderungsschulen sind, dann ist die polizeiliche Operation mehr und mehr gefragt, die natürlich eine tätige, robuste Hilfe, zur Not auch Nothilfe geben muss.

Strahlendes Vorbild war der Einsatz der GSG 9 vor vielen Jahren in Mogadischu. Wie sehr wir hier nachgelassen haben, hat das Kompetenzwirrwarr in den Gewässern von Somalia gezeigt, als es um die polizeiliche oder militärische Zusammenarbeit zum

Schutz der eigenen Leute gegen die somalischen Piraten in ihren kleinen Schlauchbooten ging: Anmietung von ukrainischen und amerikanischen Transporthubschraubern, heimlich Verfrachtung muskelbepackter Einsatzkräfte in ein Urlaubscamp in Mombasa, dort von einem SPIEGEL-Redakteur entdeckt und interviewt, unverrichteter Dinge wieder nach Hause geflogen – wir hätten keine einzige Geisel aus Mogadischu herausgeholt, hätten damals Herold, Zimmermann und Helmut Schmidt so gehandelt.

In sinnvollen Sicherheitsanstrengungen dürfen wir nicht nachlassen, aber wir schützen nicht unsere Sicherheit, wenn wir irgendwo in einem Land, das uns nicht möchte, große Forts bauen und meinen, im günstigsten Fall die Indianerkriege zwischen General George Armstrong Custer und Häuptling Sitting Bull nachspielen zu können. Das hat schon am Little Bighorn nicht funktioniert.

Als erstes also nicht mehr Militär, sondern militärisch-polizeiliche Maßnahmen zum Schutz des eigenen Landes und im Rahmen unserer Möglichkeiten, diese aber richtig. Dass dies gelingen kann, beweisen die eindrucksvollen Fahndungserfolge in Deutschland gegen globalen antiwestlichen islamistischen Terror. Diese waren klassische erfolgreiche Polizeiarbeit mit modernsten Instrumenten, und sie sind selbstverständlich eingebettet in eine intensive internationale Zusammenarbeit, die auch im präventiven Bereich ihre Erfolge hat, nur dass davon nicht soviel geredet werden kann.

Zum zweiten müssen wir die Kräfte, die Mittel und die Gelder, die die USA und die Nato seit dem 11. September in den Krieg gegen den Terror investiert haben, in anderes investieren: in die Erschließung und gedeihliche Entwicklung der großen Schlüssel-Konfliktzonen dieser Welt wie Gaza, Palästina, Irak. Wir reden zum Teil über Gebiete, die kleiner sind als Unterfranken, und trotzdem sind wir nicht willens und fähig, ihre ständige und wechselseitige Zerstörung zu verhindern, geschweige denn ihnen zu einer Entwicklung in Frieden und Freiheit zu verhelfen – die ihnen zugute kommt und zugleich befriedend, ausgleichend und Beispiel gebend hinaus wirkt in Konflikträume wie Afghanistan und Pakistan.

Die jüngste Reise des Papstes in den Nahen Osten hat vor Augen geführt, wie sehr sich die Menschen dort nach Frieden sehnen. Und zwar alle. Und wie die großen Konflikte oft die Ausreden der Mächtigen sind. Ich war in dem bombardierten Beirut und habe die Flüchtlingslager gesehen, in denen die Menschen in dritter Generation vegetieren und wo ihnen verboten ist, außerhalb der Lager ein auch nur irgendwie geartetes Dasein zu führen.

Der Papst war erschüttert über die großen Sperrmauern, die jetzt errichtet worden sind. Ich habe im vorletzten Jahr ein langes Gespräch mit der israelischen Familie Goldwasser geführt, deren Sohn Ehud als Soldat von der Hisbollah gefangen und entführt worden war. Sie wurde allen ausländischen Parlamentariern, die so im Lande waren, als Gesprächspartner vorgeführt. Vor mir war es der amerikanische Parlamentarier Jesse Jackson. Und auch ich wurde dann hineingeführt und man sagte:

„Wir wollen Frau Merkel eine Resolution überreichen und dem Papst und eigentlich allen. Werden Sie sich dafür einsetzen?“

„Ja gern, aber ich weiß nicht, ob das was hilft.“

„Warum?“ Ich sollte wohl nur meine Resolution abholen und wieder gehen.

„Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn mein Sohn entführt wäre, dann würde ich mit denen Kontakt aufnehmen, in deren Händen er ist.“ Unruhe bei den israelischen Regierungsvertretern.

„Wollen Sie, dass wir mit Hassan Nasrallah sprechen, dem Oberhaupt der libanesischen Hisbollah?“

„Ich würde, weil Sie und er gläubige Menschen sind, mit dem Chef des Herrn Nasrallah sprechen, mit dem Großajatollah Muhammad Hussein Fadlallah, dem Oberhaupt der Schiiten im Libanon und geistigen Führer der Hisbollah.“

„Kennen Sie ihn?“ Ich kannte ihn von einem früheren Besuch.

Die Mutter war auf einmal ganz Ohr. „Wären Sie bereit, einen Brief von mir dem Ajatollah zu überbringen?“

Wir wollen ja alle ein interessantes Leben führen, und so habe ich „ja, gern“ gesagt.

Die Mutter lud mich dann am nächsten Tag zu sich nach Hause ein, nach Naharija, an der Grenze Israels. Die Familie war im Wohnzimmer voll versammelt. Sie hatte mir einen Käsekuchen gebacken, was als besonders deutsch galt. Und sie hatte per Hand einen Brief auf Hebräisch an den Großajatollah geschrieben: „Eure Seligkeit ...“. Ihr Nachbar, der Arabisch konnte, hatte ihn fein säuberlich ins Arabische übersetzt.

Heute wissen wir, dass zu diesem Zeitpunkt ihr Sohn, der Soldat Master Sergeant Ehud „Udi“ Goldwasser, schon tot war, und dass im Nahostkonflikt auch politischer Handel mit Leichen getrieben wird. Aber die Angehörigen wollen wenigstens wissen, ob ihre Lieben tot sind.

So bin ich von Tel Aviv nach Amman in Jordanien geflogen, und von Amman ins umkämpfte Beirut. Diese Stadt hatte ja einen gewaltigen Wiederaufstieg nach dem Besuch von Papst Johannes Paul II. gemacht, der die Streitenden an einen Tisch gebracht hatte. Damals aber hatte sie gerade das Bombardement des Schiitenviertels durch die Israelis hinter sich. Eine Strecke etwa von der Münchner Schellingstraße bis zum abgerissenen Hertie-Hochhaus an der Münchener Freiheit war eingeebnet, dem Erdboden gleich.

Ich habe den Ajatollah in seiner Moschee besucht, die am Rande des Viertels lag und schwer zerstört war. Ich übergab ihm den Brief, und er, ein sehr gebildeter Mann, sagte:

„Das ist der erste Brief meines Lebens, den ich in hebräischer Sprache und mit hebräischen Buchstaben erhalte. Niemals zuvor hat man mir, dem Großajatollah, einen Text in derartigen Schriftbildern vorgelegt.“

Und er las dann Wort für Wort die Übersetzung und sagte: „Ich ehre diese Frau ... Aber eigentlich müsste ich Ihnen, Herr Gauweiler, auch einen solchen Brief mitgeben.“ Er deutete nach draußen, wo nicht ein schöner Park war, sondern Häuserkrater: „Ich müsste Ihnen Briefe von 5.000 Müttern mitgeben. Ich denke darum, es wäre gut, wenn die Mütter miteinander sprächen.“

Ich antwortete auf diese Gegenüberstellung, hier der eine israelische Soldat und dort die vielen anderen, mit einem Wort aus dem Koran, dass der, der auch nur einen Menschen tötet, wie einer ist, der die ganze Menschheit getötet hat (Sure 5,32). Es entspann sich daraus ein Dialog, der noch heute anhält. Ich versuche dauernd, ihn nach München einzuladen, um in der Evangelischen Akademie in Tutzing mit unserem Rabbiner zu reden.

Terrorismusbekämpfung wohin? Wir müssen neue Wege gehen und uns etwas anderes einfallen lassen. Ich fand die jüngste Reise von Papst Benedikt XV. in den Nahen Osten sehr bewegend. Bei der Abschiedszeremonie am Flughafen von Tel Aviv rief der Papst den Israelis und den Palästinensern zu, ich zitiere:

„Kein Blutvergießen mehr, keine Kämpfe mehr, kein Terrorismus mehr, kein Krieg mehr. Lasst uns den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen, lasst bleibenden Frieden herrschen, der auf Gerechtigkeit gründet, lasst echte Versöhnung und Heilung walten.“

Gerechtigkeit, Versöhnung, Heilung: Wir bekämpfen den Terrorismus nicht am Hinterrück, wir bekämpfen den Terrorismus durch „Umweltschutz im Kopf“.

Es gibt in Berlin einen wunderbaren Generalmusikdirektor der Staatsoper Unter den Linden, Mitglied der jüdischen Gemeinde, den Maestro Daniel Barenboim. Der hat von unserem Berlin aus mit deutscher Hilfe das „West-Eastern Divan Orchestra“ gegründet. Die Deutschen und die Kulturstiftung des spanischen Königshauses unterstützen dieses Jugendorchester.

Es hat die Merkwürdigkeit, dass die Geiger aus Tel Aviv, die Leute an der Bratsche aus Kairo, die Cellos aus Beirut und die Oboen und Klarinetten aus Damaskus kommen. Nicht nur die Instrumente, sondern diejenigen, die sie spielen.

Jedem Auftritt dieses Konzerts gehen elende Debatten über Visa und Aufenthaltserlaubnisse und „den falschen Stempel aus dem Pass entfernen und den Zweitpass bemühen“ voraus. Barenboim tritt mit diesem Orchester immer wieder im Nahen Osten auf. Berühmt wurde ein Konzert 2005 in Ramallah im Westjordanland.

Barenboim wurde einmal gefragt, ob es nicht reichlich naiv wäre zu glauben, dass durch gemeinsames Musizieren von jungen Menschen die Probleme des Nahen Ostens gelöst würden. Barenboim antwortete und sagte:

„Ja, vielleicht ist das naiv. Aber noch naiver wäre zu glauben, dass das Verständnis für den anderen wächst, wenn man sich jahrzehntelang wechselseitig die Häuser anzündet und die Kinder umbringt.“

Diese Naivität, eine solche tätige Naivität, brauchen wir, um den Teufelskreis, von dem die Rede ist, zu durchbrechen. Von der aus dem Judentum stammenden, zuerst marxistische Gewerkschaftlerin, dann zur großen christlichen Mystikerin gewordenen Simone Weil stammt das Wort: *„Alle Sünden sind Versuche, eine Leere auszufüllen.“* Es ist die Botschaft unserer abendländischen Kultur, auch nach langen eigenen terroristischen Qualen, dass es gilt, diese Leere auszufüllen, nicht mit Blut und Mord und Totschlag, sondern mit Gerechtigkeit und Versöhnung. Überall, wo das verstanden wird, bricht die Revolte, der Terror ab.